

Kampagnen für die Inhaftierten

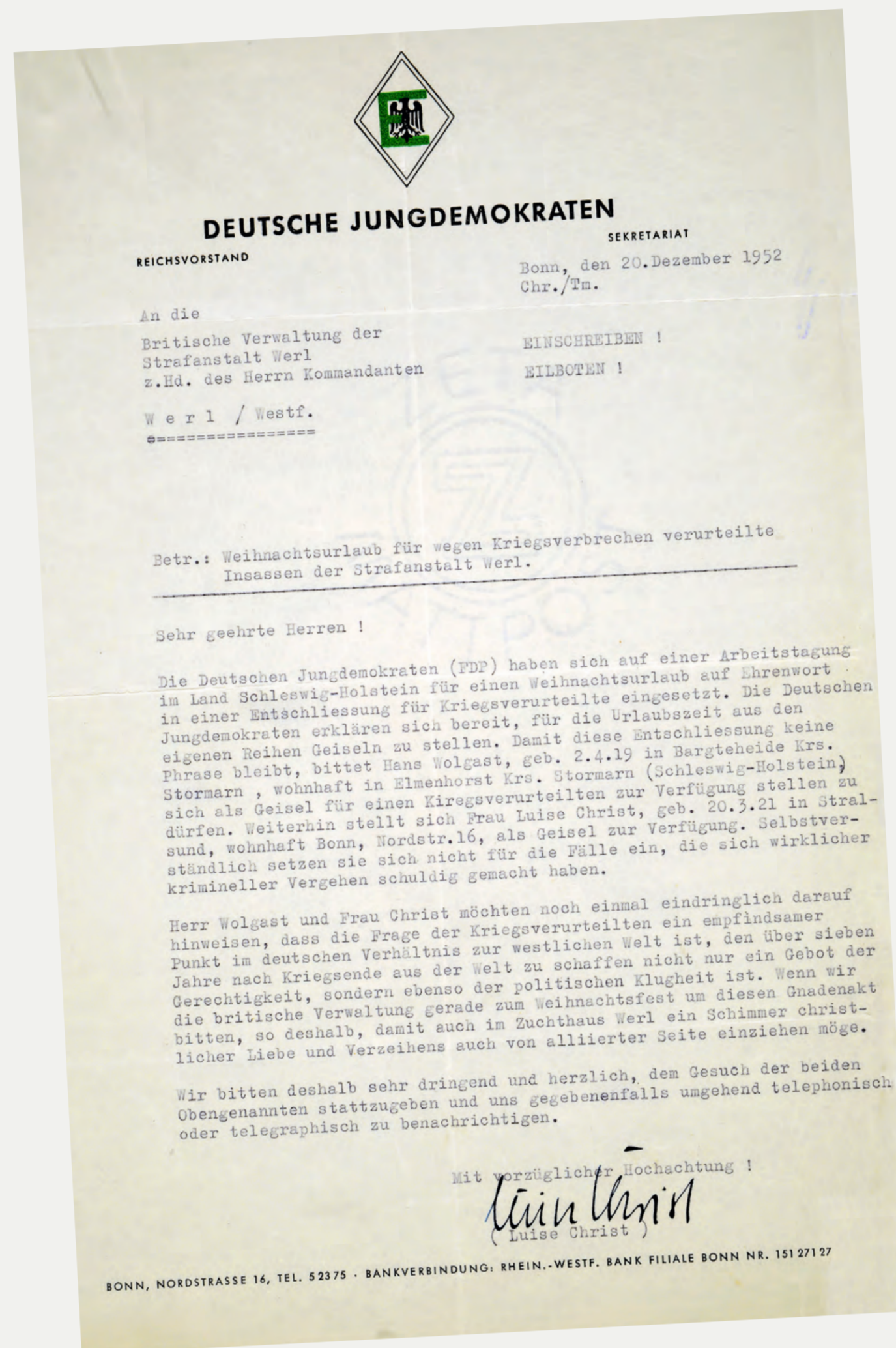
Anfang der 1950er-Jahre drängten die Westalliierten USA, Großbritannien und Frankreich angesichts des Kalten Krieges auf eine Wiederbewaffnung der jungen Bundesrepublik. Teile der ehemaligen Wehrmacht sowie der damaligen Regierungsparteien CDU, CSU, FDP und DP forderten als Vorbedingung für einen westdeutschen Wehrbeitrag die Freilassung der von westalliierten Gerichten als Kriegsverbrecher Verurteilten. Sie betrachteten die Prozesse als Ausdruck alliierter Siegerjustiz und bezeichneten die in den alliierten Gefängnissen in Werl, Spandau, Wittlich und Landsberg Inhaftierten als „Kriegsverurteilte“. Aus großen Teilen der Gesellschaft einschließlich der Kirchen gab es Solidaritätsbekundungen mit den Inhaftierten.

Die Westalliierten zeigten sich entgegenkommend und richteten Begnadigungsausschüsse mit deutscher Beteiligung ein. In der Folge wurden bis 1958 alle Strafgefangenen aus den Gefängnissen der Westalliierten entlassen. Nur im Berliner Viermächtegefängnis Spandau blieben die im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess Verurteilten weiter inhaftiert, da die Sowjetunion ihr Veto gegen deren vorzeitige Entlassung einlegte.



Karikatur zur „Kriegsverbrecherfrage“: Der Gefangene der Alliierten, dargestellt in Ketten, steht zwischen dem Soldaten der Westmächte (links) und dem deutschen Soldaten (rechts), 1952

Bei den ersten Planungen zur Entwicklung neuer deutscher Streitkräfte forderte eine Expertenkommission aus früheren Offizieren der ehemaligen Wehrmacht 1950 eine „Rehabilitation des deutschen Soldaten“ durch Regierungsvertreter der Westmächte sowie eine Freilassung aller „als ‚Kriegsverbrecher‘ verurteilten Deutschen“. Veteranenverbände von Wehrmacht und Waffen-SS griffen diese Forderung auf und verlangten eine Generalamnestie der Verurteilten.



Schreiben des Reichsvorstands Deutscher Jungdemokraten an die Strafanstalt Werl mit der Bitte, Bürgen für „Kriegsverurteilte“ stellen zu dürfen, 20. Dezember 1952

(The National Archives, FO 1060/466)

1952 schlug das Frankfurter Boulevardblatt „Abendpost“ vor, Freiwillige sollten über Weihnachten als Bürgen für die Gefangenen in Werl einsetzen, um diesen ein Weihnachtsfest mit ihren Familien zu ermöglichen. Der Vorschlag stieß auf enorme Resonanz, Hunderte meldeten sich als Bürgen. Der britische Hohe Kommissar Sir Ivone Kirkpatrick lehnte den Vorschlag als „Irrsinn“ ab und wies darauf hin, dass sich die Inhaftierten an der Ermordung und Misshandlung von Kriegsgefangenen oder Insassen von Sklaven-, Arbeits- oder Konzentrationslagern beteiligt hatten.



„Ich floh aus Werl“, Titelseite des Magazins „Stern“, 28. September 1952

(Stern, 39/1952)

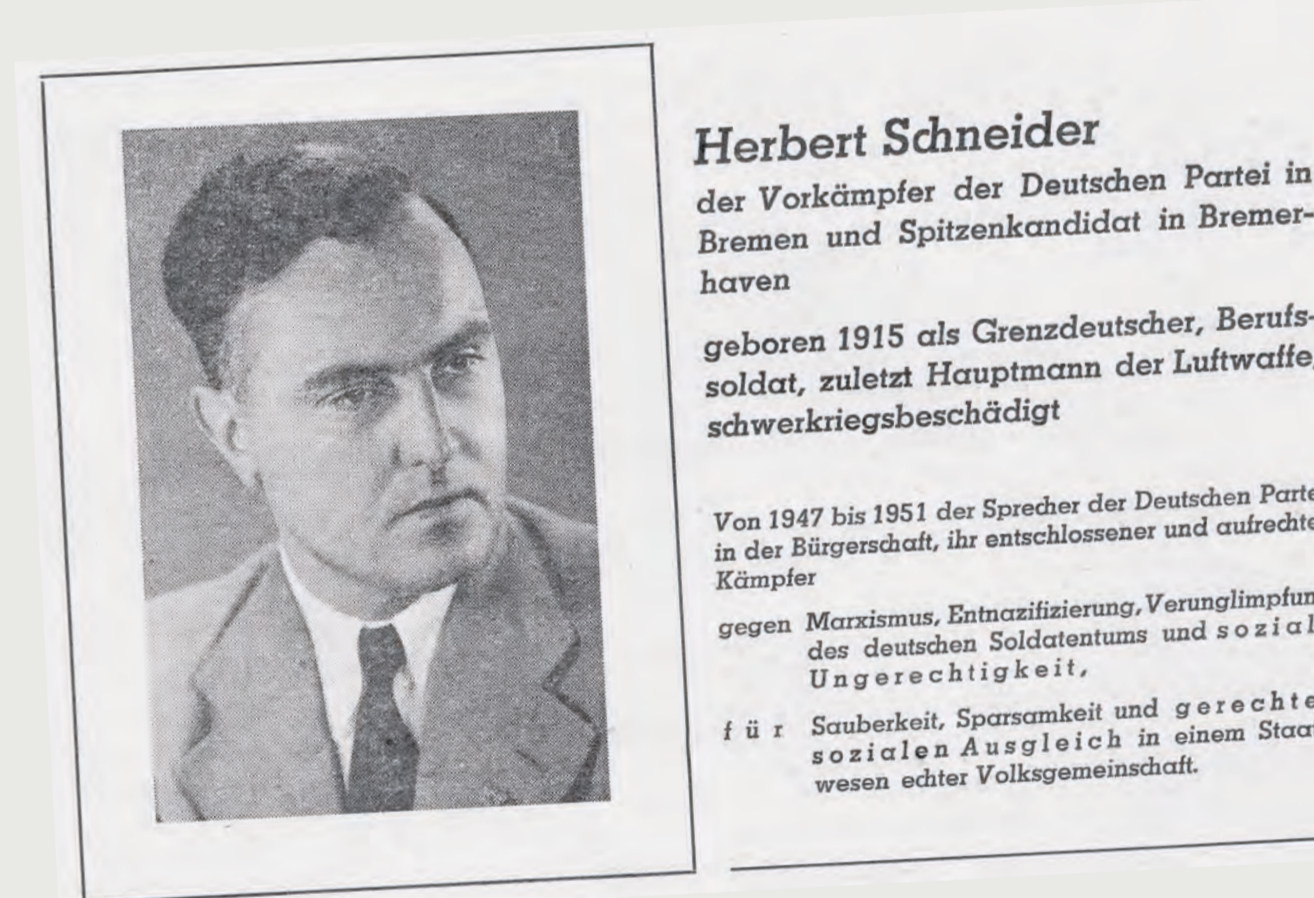
1952 brachen die beiden als Kriegsverbrecher Verurteilten Hans Kühn und Wilhelm Kappe aus der Strafanstalt Werl aus. Kühn, der vier kanadische Kriegsgefangene getötet hatte, wandte sich an die Redaktion des „Stern“. „Da wir uns von seiner Schuldlosigkeit überzeugt hatten“, schrieben die Redakteure, „wurde er von uns als heimgekehrter Kriegsgefangener aufgenommen.“ Sie vertraten die Ansicht, das „Unrecht“ der britischen Militärgerichtsurteile könne nicht durch eine Entlassung der Verurteilten beseitigt werden, sondern die Urteile müssten vollständig aufgehoben werden.



„Hier wohnt der Verräter Heidepeter“: Proteste vor dem Haus des Fischhändlers Wilhelm Heidepeter in Aurich, der einen aus Werl entflohenen Kriegsverbrecher angezeigt hatte, September/Oktober 1952

(DER SPIEGEL, 8. Oktober 1952)

Am 29. September 1952 zeigte der SPD-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Heidepeter den aus der Haft in Werl entflohenen Wilhelm Kappe an. Die CDU- und die FDP-Fraktion im Stadtrat von Aurich weigerten sich daraufhin, weiter mit ihm zusammenzuarbeiten, weil er sich „eines Verrats an einem deutschen Menschen schuldig gemacht habe“. Die SPD schloss ihren Fraktionsvorsitzenden aus. Anwohner spuckten vor ihm aus und protestierten johlend vor seinem Haus.



Herbert Schneider
der Vorkämpfer der Deutschen Partei in Bremen und Spitzenkandidat in Bremerhaven

geboren 1915 als Grenzdeutscher, Berufssoldat, zuletzt Hauptmann der Luftwaffe, schwerkriegsbeschädigt

Ausschnitt aus einem Wahlplakat der Deutschen Partei zur Bürgerschaftswahl in Bremen, Oktober 1951

(Stadtschreiberei Bremerhaven)

Die Unterstützung der als Kriegsverbrecher Verurteilten endete nicht mit ihrer Entlassung. Herbert Schneider, Bundestagsabgeordneter der Deutschen Partei, setzte sich nach der Freilassung Karl Wiedemanns erfolgreich dafür ein, dass der vormalige Führer der Wachmannschaften des KZ Neuengamme seinen Arbeitsplatz als Angestellter des Arbeitsamtes Bremerhaven zurückerhielt, den er aufgrund seiner langjährigen Haftstrafe verloren hatte.

Kameradschaft endet nicht vor Kerkermauern
Die deutsche Öffentlichkeit betrachtet Kriegsverbrecherurteile nicht als „im Namen deutschen Rechts“ gefällt

Die Lösung der „Kriegsverbrecherfrage“ verträgt keinen Aufschub
„Erst Amnestie, dann Wehrbeitrag“

Schlagzeilen zum Umgang mit NS-Kriegsverbrechern aus dem rechtsextremen Wiking-Ruf und dem Stern, 1952

(Wiking-Ruf 9/1952, 8/1952; Stern, 41/1952)

